

LiMa-Benchmark

Eine Performance-Analyse der
EU-Mitgliedstaaten im Licht der Lissabon- und
Maastricht-Zielsysteme

LiMa-Benchmark

Eine Performance-Analyse der EU-Mitgliedstaaten im Licht der Lissabon- und Maastricht-Zielsysteme

Gütersloh, 05.03.2007

Kontakt:

Joachim Fritz-Vannahme
Bertelsmann Stiftung
Tel.: +49 5241 81 81421
Fax: +49 5241 816 81421
Email: joachim.vannahme@bertelsmann.de
Internet: www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
Bertelsmann Stiftung
Tel.: +49 5241 81 81537
Fax: +49 5241 816 81537
Email: dominik.hierlemann@bertelsmann.de
Internet: www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Friedrich Heinemann
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH
Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
L 7,1, 68161 Mannheim
Tel.: +49 621 1235 149
Fax: +49 621 1235 215
Email: heinemann@zew.de
Internet: www.zew.de

Inhalt

1.	Einleitung.....	4
2.	Der LiMa-Benchmark –Zentrale Ergebnisse.....	5
3.	Die Lissabon-Säule.....	9
	3.1. Grundkonzeption und zentrale Ergebnisse.....	9
	3.2. Humankapital und Innovation.....	10
	3.3. Staat und Institutionen.....	12
	3.4. Offenheit und Kapitalbildung.....	13
	3.5. Finanzmarktentwicklung.....	14
	3.6. Bevölkerungsstruktur.....	16
4.	Die Maastricht-Säule.....	18
	4.1. Grundkonzeption und zentrale Ergebnisse.....	18
	4.2. Status Quo.....	19
	4.3. Ausgabenstruktur.....	21
	4.4. Steuer- und Abgabensystem.....	22
	4.5. Altersabhängige Ausgaben.....	23

1. Einleitung

Für das Zielsystem, an dem die EU ihr Handeln orientiert, spielen heute zwei Zielkomplexe eine zumindest in wirtschaftspolitischer Hinsicht zentrale Rolle, die sich mit den Begriffen „Lissabon“ und „Maastricht“ titulieren lassen. Während „Lissabon“ seit dem Jahr 2005 insbesondere für die Ziele Wachstum und Beschäftigung steht, repräsentiert „Maastricht“ das im Maastrichter Vertrag und in den anschließenden Präzisionen - vor allem im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) - definierte geld- und fiskalpolitische Regime des einheitlichen Währungsraumes, der sich mehr oder weniger verbindlichen budgetpolitischen Spielregeln unterworfen hat.

Die bisher existente Bewertung der Performance der EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Zielerreichung der Lissabon- und Maastricht-Dimensionen krankt am diffusen Charakter der verwendeten Bewertungssysteme. So wird etwa die Lissabon-Dimension im offiziellen EU-Monitoring auf Basis der so genannten „EU-Strukturindikatoren“ bewertet. Die Liste dieser Strukturindikatoren umfasst jedoch über hundert Einzelindikatoren, die keine prägnanten Aussagen und keine klaren Bewertungen in Bezug auf die Performance einzelner Mitgliedstaaten erlauben. Auch die Maastricht-Dimension der nachhaltigen Budgetpolitik wird bislang keineswegs zufriedenstellend in einschlägigen Indikatoren und Prognosesystemen abgebildet. So haben die in den offiziellen Konvergenz- und Stabilitätsprogrammen dargestellten Verläufe der zukünftigen Defizitentwicklung lediglich den Charakter von politischen Absichtserklärungen, welche sich mit den tatsächlichen Entwicklungen meist nicht decken.

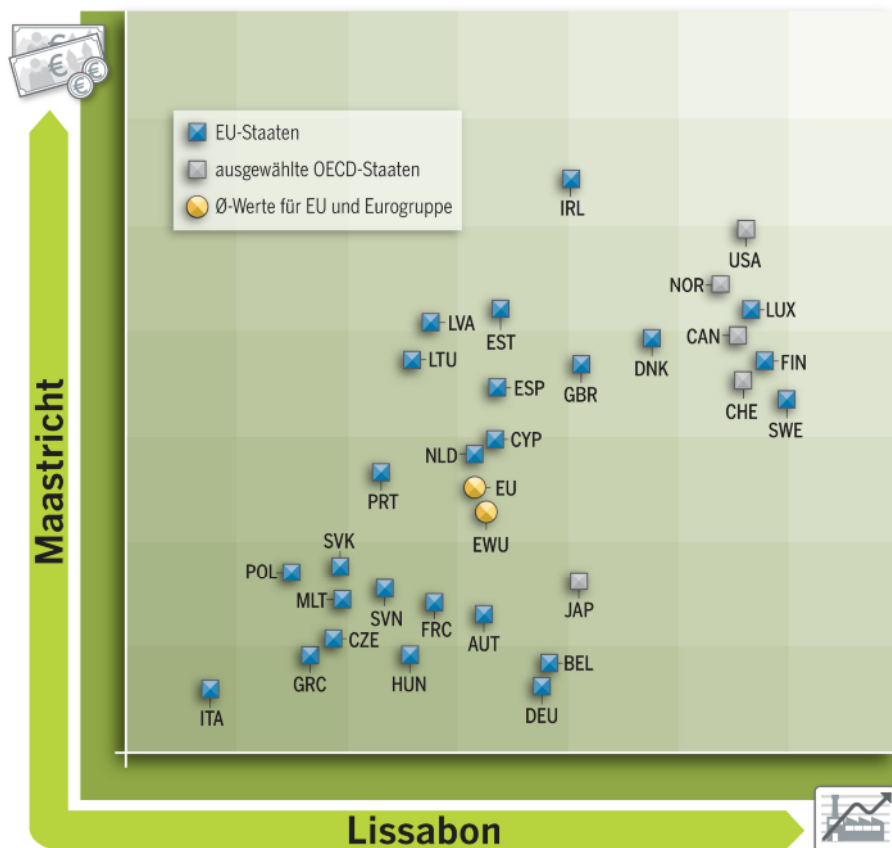
Diese Ausgangslage bildet den Hintergrund der vorliegenden gemeinsamen Untersuchung der Bertelsmann Stiftung, dem Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung, ZEW, und dem Centrum für angewandte Politikforschung, CAP, die im Rahmen einer Benchmark-Studie die EU-Mitgliedsländer sowie weitere ausgewählte Industrienationen daraufhin untersucht, inwieweit sie der doppelten Zielsetzung von Lissabon und Maastricht gerecht werden. Die hier verfolgte Fokussierung richtet sich dabei auf die Wachstumsdimension des Lissabon-Ziels sowie auf die Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik. Basierend auf Erkenntnissen zu den Determinanten des Potenzialwachstums und einer nachhaltigen Fiskalpolitik wurden dabei sowohl für das Wachstums- als auch das Nachhaltigkeitsziel quantitative Indikatoren entwickelt, die den jeweiligen Grad der Zielerreichung erfassen.

Die Studie untersucht die Mitgliedsländer der Europäischen Union sowie Japan, Kanada, Norwegen, die Schweiz und die USA. Wegen fehlender Daten können die neuen EU-Volkswirtschaften Rumänien und Bulgarien aktuell nicht abgebildet werden.

2. Der LiMa-Benchmark – Zentrale Ergebnisse

Der LiMa-Benchmark verdichtet die beiden Zielsysteme in einem zweidimensionalen Indikator, der die jeweilige Zielerreichung der Lissabon- und Maastrichtsäule gemeinsam abbildet. Die Lissabonsäule umfasst Teilindikatoren, welche die Themengebiete „Humankapital und Innovation“, „Staat und Institutionen“, „Offenheit und Kapitalbildung“, „Finanzmarktentwicklung“ sowie „Bevölkerungsstruktur“ bemessen. In die Maastrichtdimension gehen Indikatoren zu den Themenkomplexen „Status Quo“, „Ausgabenstruktur“, „Steuer- und Abgabensystem“ sowie „Altersabhängige Ausgaben“ ein. Der Lissabon- und Maastrichtindikator ergibt sich als gewogener Durchschnitt der jeweiligen Teilindizes. Näheres zur Ermittlung der Ergebnisse erläutert der Kasten „Konstruktion des LiMa-Indikators“.

Abbildung 1: Der LiMa-Benchmark



In Abbildung 1 bewertet die vertikale Achse die fiskalische Nachhaltigkeit eines Landes und damit die Maastricht-Dimension. Horizontal wird mit dem Wachstumspotenzial eines Landes die Lissabon-Zielsetzung erfasst.

Die positive Korrelation zwischen dem relativen Abschneiden der Länder in Bezug auf beide Zielsetzungen deutet darauf hin, dass Strukturreformen und nachhaltige Fiskalpolitik als strategische Ziele der europäischen Politik har-

monieren. Konflikte zwischen beiden sind offenbar höchstens kurzfristiger Natur, da der LiMa-Index konsequent langfristig ausgerichtet ist. Dies bedeutet, dass Europa langfristig eine im Grundsatz widerspruchsfreie wirtschaftspolitische Strategie verfolgt.

Ein weiteres zentrales Resultat ist, dass Europa insgesamt noch einen weiten Weg zum „dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Erde“ vor sich hat, welcher darüber hinaus auch durch fiskalische Nachhaltigkeit geprägt sein sollte. Die Zielerreichung, die hier Länder wie die USA, Kanada oder auch die Schweiz vorzuweisen haben, wird bislang nur von wenigen EU-Staaten erreicht. EU- und auch EWU-Durchschnitte liegen weit abgeschlagen hinter Referenzländern wie den USA.

Bei der Gesamtbetrachtung der volkswirtschaftlichen Performance im Lichte beider Dimensionen stechen zunächst klar erkennbare Cluster ins Auge.

Das "nordische Cluster" (im Nordosten der Grafik): Hier ist eine hohe Zielerreichung bei beiden Dimensionen gegeben und der Anschluss an erfolgreiche OECD-Volkswirtschaften erreicht. Interessanterweise orientieren sich die Nicht-EU-Europäer wie die Schweiz und Norwegen an dieser Spitzengruppe. Im OECD-Vergleich weist das "nordische Cluster" viel Ähnlichkeit mit Nordamerika auf. Dies scheint dafür zu sprechen, dass zwei sehr unterschiedliche Gesellschafts- und Sozialmodelle erfolgreich sein können: das nordische, wohlfahrtsstaatsorientierte Modell und das angelsächsische, auf Eigenverantwortung und relativ geringe Staatsquoten setzende Modell. Die kontinentaleuropäischen Modelle hingegen sind ihren Erfolgsbeweis bislang noch schuldig geblieben.

Daneben zeigt sich das "kontinentale Cluster" (im Süden und Südwesten der Grafik): Darin befinden sich die großen kontinentalen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien, aber auch eine Reihe von neuen Mitgliedstaaten. Das Cluster ist gekennzeichnet durch Defizite in Bezug auf Maastricht. Hingegen zeigen sich die Volkswirtschaften als sehr heterogen bezüglich ihrer wachstumsbegünstigenden Strukturen. Deutschland, Österreich und Belgien liegen innerhalb dieses Clusters im Hinblick auf ihre Wachstumschancen deutlich vor Italien, Griechenland oder Polen.

Schließlich ist noch ein „mittleres Cluster“ (im Mittelfeld der Grafik) auszumachen, das sich vom kontinentalen Cluster vor allem durch eine höhere fiskalische Nachhaltigkeit, jedoch weniger durch eine bessere Lissabon-Position auszeichnet. Dieses mittlere Cluster umfasst sehr unterschiedliche Volkswirtschaften wie die baltischen Staaten, aber auch Großbritannien und Spanien.

Bemerkenswert ist insgesamt die große Heterogenität innerhalb der EU, innerhalb der Eurozone sowie auch innerhalb der neuen EU-Staaten.

Die EU Mitglieder sind über das gesamte Feld verstreut und bilden kein zusammenhängendes Cluster. Dies gilt für kleine und große EU-Staaten gleichermaßen. So unterscheiden sich die großen Vier – Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien – sehr stark. Zwischen Großbritannien auf

der einen und Italien auf der anderen Seite liegen im Lichte der beiden Zieldimensionen „Welten“.

Die Euro-Zone umfasst Spitzen-Performer wie Finnland, Luxemburg und Irland, aber auch das Schlusslicht Italien. Offenbar erzwingen weder die Euro-Aufnahmeprozedur (Konvergenzkriterien) noch die in der Eurozone wirkenden Mechanismen in Gestalt einer einheitlichen Geldpolitik und des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine schnelle Konvergenz. Anders formuliert: Die Restriktionen der einheitlichen Geld- und Währungspolitik in Zusammenhang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt sind offenbar wesentlich weniger eng als oft dargestellt. Vielleicht verbirgt sich hinter diesem Befund aber auch ein Hinweis darauf, dass Kosten und Nutzen der Eurozone sehr unterschiedlich verteilt sind (Irland als Gewinner, Italien als Verlierer?).

Bemerkenswert ist, dass sich die neuen EU-Staaten sehr stark unterscheiden und sich in der Gesamtbetrachtung auf zwei der drei genannten Cluster verteilen: Während die baltischen Staaten und Zypern zum mittleren Cluster mit einer guten bis sehr guten Maastricht-Positionierung (und durchschnittlicher Lissabon-Position) gehören, fallen die anderen neuen Mitgliedstaaten dahinter deutlich zurück. Letztere gehören allesamt zum kontinentalen Cluster mit deutlichen Defiziten bei der fiskalischen Nachhaltigkeit sowie einer unterdurchschnittlichen Lissabon-Position.

Aufschlussreich sind schließlich auch die in einigen Ländern auftretenden Diskrepanzen zwischen den Zielerreichungen in der Lissabon- und in der Maastricht-Säule. Irland nimmt zwar eine Spitzen-Position im Hinblick auf alle Merkmale einer fiskalisch nachhaltigen Situation ein, die Ausprägungen in Bezug auf die Dimensionen des Lissabon-Ziels entsprechen dagegen eher einem Mittelmaß. Auch die drei baltischen Staaten stechen durch gute Daten zur fiskalischen Nachhaltigkeit heraus, können aber im Hinblick auf Lissabon noch nicht zur Spitzengruppe aufschließen. Belgien und Deutschland stehen dagegen bezüglich ihrer langfristigen Wachstumschancen im mitteleuropäischen Vergleich relativ gut da und müssen hier selbst den Vergleich mit Volkswirtschaften wie Großbritannien nicht scheuen. Hingegen fallen beide Volkswirtschaften stark in Sachen fiskalischer Nachhaltigkeit ab.

Damit ist auch die Kernbotschaft für Deutschland bereits formuliert: Durchaus erfreulich ist der Befund, dass die Voraussetzungen für ein langfristig höheres Wachstum offenbar gegeben sind. Demgegenüber besteht wenig Anlass, aus einer aktuell konjunkturell verbesserten Haushaltslage zu schließen, dass die fiskalische Nachhaltigkeit bereits hergestellt sei. Ganz im Gegenteil: Hier besteht den LiMa-Resultaten zufolge im OECD- und EU-Vergleich noch erheblicher Nachholbedarf.

Konstruktion des LiMa-Index

Grundidee des LiMa-Indikators ist die Verdichtung der komplexen Datenlage in einem zweidimensionalen Indikator. Sowohl die Lissabon als auch die Maastrichtdimension setzen sich aus Subindikatoren zu den jeweiligen Themengebieten zusammen, die wiederum aus einer Vielzahl von Teilindikatoren bestehen. Welche speziellen Indikatoren im Einzelnen betrachtet werden, ist den themenspezifischen Abschnitten dieser Kurzfassung zu entnehmen.

Bei der Verrechnung der zugrundeliegenden Variablen zu einem Subindikator ist zu beachten, dass bereits wesentlich geringfügigere Skalierungsunterschiede erhebliche Verzerrungen verursachen können und die Aussagefähigkeit des Indikators stark beeinträchtigen. Um dies zu vermeiden, wurden vor der Verrechnung zu den einzelnen Subindikatoren alle Ursprungsvariablen auf einen Wertebereich von [0; 100] normiert. Um der Problematik der teils vorhandenen, teils fehlenden natürlichen Ober- und Untergrenzen der Variablen Rechnung zu tragen, wurde hierbei stets dem über alle Jahre am besten bewerteten Land der Wert Einhundert, und dem am ungünstigsten bewerteten Land der Wert Null zugeschrieben. Die Bewertungen der restlichen Volkswirtschaften wurden anschließend auf den dazwischen liegenden Wertebereich linear transformiert. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass im Hinblick auf die einzelnen Variablen in den Themengebieten bei einigen Größen ein höherer, bei anderen hingegen ein niedrigerer Variablenwert eine günstigere Bewertung des jeweiligen Landes kennzeichnet. Daher wurden zunächst die Variablen so umskaliert, dass für jede Ursprungsvariable der besten Beurteilung der höchste und der schlechtesten Beurteilung der niedrigste Variablenwert zugerechnet wurde.

Die vier Subindikatoren zu den Themengebieten der Maastrichtsäule gehen jeweils mit gleichem Gewicht in den Gesamtindikator ein. Bei der Lissabon-Säule wurde das Gewichtungsschema unter Berücksichtigung der Ergebnisse einer ökonometrischen Analyse abgeleitet. Mit Hilfe des *BACE*-Ansatzes (*Bayesian Averaging of Classical Estimates*) - einem State-of-the-Art-Verfahren der Wachstumsempirie - wurden diejenigen Faktoren identifiziert, die einen besonders starken Wachstumseinfluss aufweisen. Diese Faktoren wurden bei der Verrechnung des Lissabon-Index dann entsprechend stark berücksichtigt, so dass sich folgende Gewichtung der Themengebiete ergibt: Humankapital und Innovation (32%), Staat und Institutionen (30%), Offenheit und Kapitalbildung (13%), Finanzmarktentwicklung (17%), Bevölkerungsstruktur (8%).

Konstruktionsbedingt können die beiden Säulen des LiMa-Indikators theoretisch Werte zwischen 0 und 100 annehmen. Um diese beiden Extremwerte auch tatsächlich zu erreichen, müsste ein Land in allen zugrundeliegenden Variablen durchweg die günstigste oder ungünstigste Ausprägung aufweisen – ein Extremszenario, das allerdings für keines der hier betrachteten Volkswirtschaften zutrifft.

Bei der Berechnung des aktuellen Benchmarkindex werden jeweils die letzten verfügbaren Werte verwendet. Je nach Indikator sind dies Jahresdaten für 2004 oder 2005.

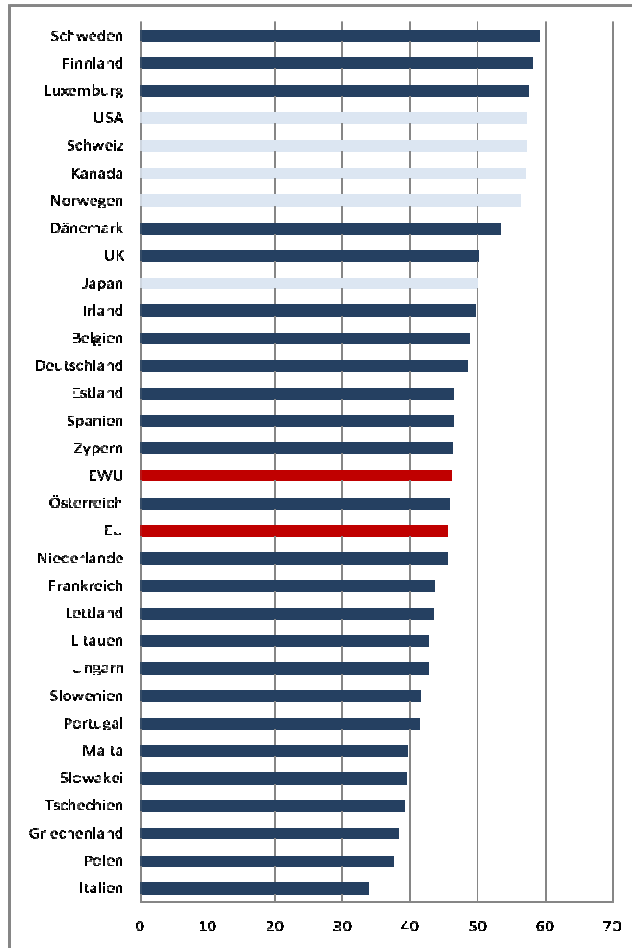
3. Die Lissabon-Säule

3.1. Grundkonzeption und zentrale Ergebnisse

Der Wachstumsbegriff im Rahmen des Lissabon-Ziels folgt einem dezidiert langfristig ausgerichteten Konzept. Für die Bewertung der Lissabon-Säule steht deshalb die Perspektive des Potenzialwachstums im Mittelpunkt. Die Auswahl der Themengebiete und ihrer zugehörigen quantifizierbaren Faktoren orientiert sich an den Erkenntnissen der neueren Wachstumstheorie und -empirie, welche das langfristige Wachstum einer Volkswirtschaft auf ökonomische Entscheidungen zurückführt, die beispielsweise Investitionen, Aus- und Weiterbildung, Innovationen sowie effiziente Organisation des Wertschöpfungsprozesses betreffen. Im Einzelnen wurden die Faktoren der Lissabon-Säule den Themengebieten „Humankapital und Innovation“, „Staat und Institutionen“, „Offenheit und Kapitalbildung“, „Finanzmarktentwicklung“ sowie „Bevölkerungsstruktur“ zugeordnet.

Abbildung 2: Die Lissabon-Säule

Die höchste Zielerreichung in der aktuellen Bewertung der Lissabon-Dimension weisen die beiden skandinavischen Volkswirtschaften Schweden und Finnland auf, die vor allem in den bedeutenden Themengebieten „Humankapital und Innovation“ sowie „Staat und Institutionen“ sehr gut positioniert sind. In den oberen Positionen finden sich mit den USA, der Schweiz, Kanada und Norwegen auch vier der Nicht-EU-Länder, die zu Vergleichszwecken in den LiMa-Benchmark aufgenommen wurden. Insbesondere das gute Abschneiden der USA resultiert aus einer gleichmäßig soliden Aufstellung in allen fünf Themengebieten. Für das Ergebnis der Schweiz sind vor allem die Finanzmarktentwicklung, das hohe Ausbildungsniveau der Erwerbsbevölkerung sowie die hervorragende Bewertung staatlicher Institutionen Ausschlag gebend. Die Ausprägungen im Themengebiet „Handel und Offenheit“ fallen dagegen vergleichsweise ungünstig aus. Am unteren Ende der Lissabon-Säule befinden sich Italien, Polen und Griechenland. Italien und Griechenland sind in allen Dimensionen der Lissa-



bon-Säule fallen dagegen vergleichsweise ungünstig aus. Am unteren Ende der Lissabon-Säule befinden sich Italien, Polen und Griechenland. Italien und Griechenland sind in allen Dimensionen der Lissa-

bonbewertung ungünstig positioniert, während Polen zumindest als attraktiver Investitionsstandort eingeschätzt werden kann.

Aufschlussreiche Erkenntnisse liefert ein Vergleich des zeitlichen Verlaufs der Lissabonbewertung, da auf diese Weise Tendenzen für zukünftige Zielausprägungen gewonnen werden können. Der Jahresverlauf der Ergebnisse zur Lissabon-Säule zeigt für die baltischen Staaten Lettland und Litauen seit dem ersten Wert, der auf das Jahr 1999 datiert, steil nach oben. Obwohl beide Länder aktuell mit ihren Ergebnissen im unteren Drittel des Ländervergleichs rangieren, werden diese Länder bei anhaltender Dynamik zukünftig sehr gute Positionen einnehmen können. Tschechien und die Slowakei, aber auch Belgien und Dänemark - zwei Länder, die aktuell gut bezüglich der Lissabon-Dimension aufgestellt sind - heben sich durch eine kontinuierliche Aufwärtstendenz ab. Dieser Entwicklung stehen Volkswirtschaften entgegen, die im Zeitverlauf eher stagnieren oder sogar Anzeichen für einen schleichenden Rückschritt aufweisen. Unter den Stagnierern wären vor allem die Schweiz, die USA, die Niederlande, Frankreich sowie Ungarn zu nennen. Tendenzen für eine langsame Abwärtsentwicklung zeigt dagegen lediglich Griechenland.

3.2. Humankapital und Innovation

Die Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums sowie der Beschäftigung erfordert sowohl Innovation als auch strukturellen Wandel. Beides ist jedoch nur über die Bildung von Humankapital sowie Investitionen in Forschung und Entwicklung realisierbar. Dabei vermögen die Entstehung neuer Produkte (Produktinnovation) sowie die Generierung neuer Produktionsverfahren (Prozessinnovation) die Ökonomie sowohl nachfrage- als auch angebotsseitig zu stimulieren. Die Qualifikation der Bürger erhöht zudem die intersektorale Mobilität des Faktors Arbeit und erleichtert den strukturellen Wandel innerhalb eines Landes. Eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ist dabei das Resultat von Investitionen in Aus- und Weiterbildung sowie in Forschung und Entwicklung, durch welche eine Stimulierung des Wachstumsprozesses erreichbar scheint.

Der Subindikator „Innovation und Humankapital“ umfasst zwölf Variablen. Es gehen die durchschnittliche Anzahl an Schuljahren der erwerbsfähigen Bevölkerung sowie der Anteil der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss als eine Messgröße für die durchschnittliche Qualifikation der Arbeitskräfte eines Landes ein. Als Indikator für das Ausbildungsniveau der zukünftigen Erwerbstätigen wird die Bruttoeinschreibungsquote berücksichtigt.

Der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in Relation zur Anzahl aller Erwerbstätigen wird zusammen mit dem Arbeitnehmeranteil im Dienstleistungssektor und dem Anteil der Beschäftigten im Forschungs- und Entwicklungssektor als ein Indikator für den strukturellen Wandel in den einzelnen Länder berücksichtigt. Daneben werden alle laufenden öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie die öffentlichen Bildungsausgaben erfasst. Als eine Referenzgröße zur Abschätzung des Erfolgs der Forschungs- und Innovationstätigkeit eines Landes werden die Anzahl der Patentanmeldungen sowie die Anzahl der Veröffentlichungen von

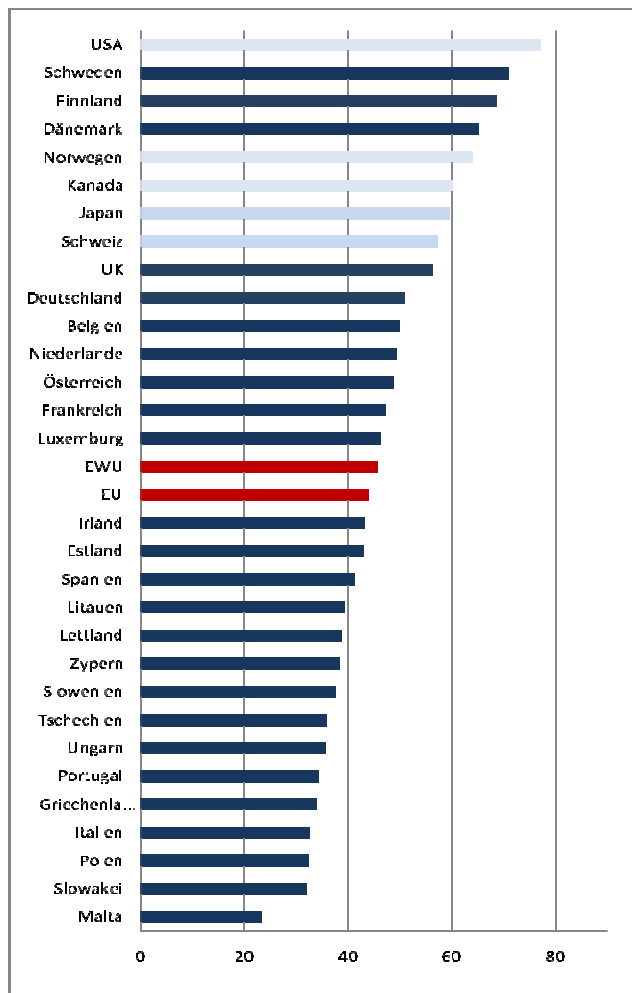
Artikeln in Fachzeitschriften natur- und ingenieurwissenschaftlicher Forschungsbereiche einbezogen. Über die Aufnahme der nationalen Erwerbsquote sowie die Berücksichtigung des Anteils der Langzeitarbeitslosen an den gesamten Arbeitslosen soll das Ausmaß der Einbeziehung der Bevölkerung und die Auslastung des Humankapitals in den gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Entwicklungsprozess erfasst werden.

Eine Betrachtung der Ergebnisse des vorgestellten Subindikators zeigt zunächst erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern auf. So liegen die USA mit etwa 72 Punkten auf Rang 1. Sie zeichnen sich in nahezu allen Kategorien durch deutlich überdurchschnittliche Punktwerte aus. Im Vergleich zu den anderen Ländern liegen die USA insbesondere im Bereich der wissenschaftlichen Publikationen sowie bei der Anzahl der angemeldeten Patente weit an der Spitze. Auch die Beschäftigtenanteile im Dienstleistungs- und Forschungsbereich sind vergleichsweise hoch.

Abbildung 3: Humankapital und Innovation

Malta beschließt das Feld mit lediglich 23 Punkten. Für Polen - als zweitletztem Land - ergeben sich 33 Punkte. Der polnische Forschungsbereich zeichnet sich durch eine sehr geringe Anzahl an Patentanmeldungen sowie ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Publikationen aus. Ein geringer Beschäftigtenanteil im Dienstleistungs- und Forschungsbereich runden das Bild eines vergleichsweise innovationsschwachen Landes ab.

Deutschland belegt in dieser Kategorie einen oberen Rang. Es zeichnet sich in nahezu allen Bereichen durch überdurchschnittliche Ausprägungen der Variablenwerte aus. Im Bereich der öffentlichen Bildungsausgaben sowie der Bruttoeinschreibungsquote liegt die Bundesrepublik jedoch unterhalb des Durchschnitts. Ein Vergleich mit dem Durchschnitt für die EWU und die EU bestätigt dies. Die Europäische Währungsunion und die Europäische Union liegen im mittleren Bereich.



Europäische Währungsunion und die Europäische Union liegen im mittleren Bereich.

3.3. Staat und Institutionen

Die ordnungspolitische Ausgestaltung einer Wirtschaftsregion stimuliert sowohl die Innovationstätigkeit als auch die Akkumulation von Sach- und Humankapital und trägt damit wesentlich zum langfristigen Wachstum bei. Für den Wachstumsprozess spielen zudem die Gewährleistung politischer Stabilität sowie das Vertrauen der Bürger in das staatliche Rechtssystem eine wichtige Rolle, da sie die Möglichkeit zur Durchsetzung politischer Reformprogramme stärken und die ökonomische Planungssicherheit der Akteure erhöhen.

Die länderspezifische Ausgestaltung des Steuersystems zieht Konsequenzen für die Einkommensverteilung nach sich. Der gesellschaftliche Konsens kann dabei die Produktivitätsentwicklung in einer Ökonomie begünstigen. Darüber hinaus wirken sich steuerliche Rahmenbedingungen in der Regel auf das Arbeitsangebot der privaten Haushalte sowie auf das unternehmerische Engagement aus. Eine ausgedehnte Staatstätigkeit kann mittel- bis langfristig mit der Gefahr einer überhöhten Bürokratie einhergehen. Ein staatliches Güterangebot sowie eine hohe Regulierungsdichte erweisen sich dabei oftmals als wohlfahrtstheoretisch ungünstig, da die Bereitstellung durch den privaten Sektor in vielen Fällen vergleichsweise effizienter erfolgen kann und die Beeinflussung der Wettbewerbsverhältnisse die gesamtwirtschaftliche Ressourcenallokation beeinträchtigt.

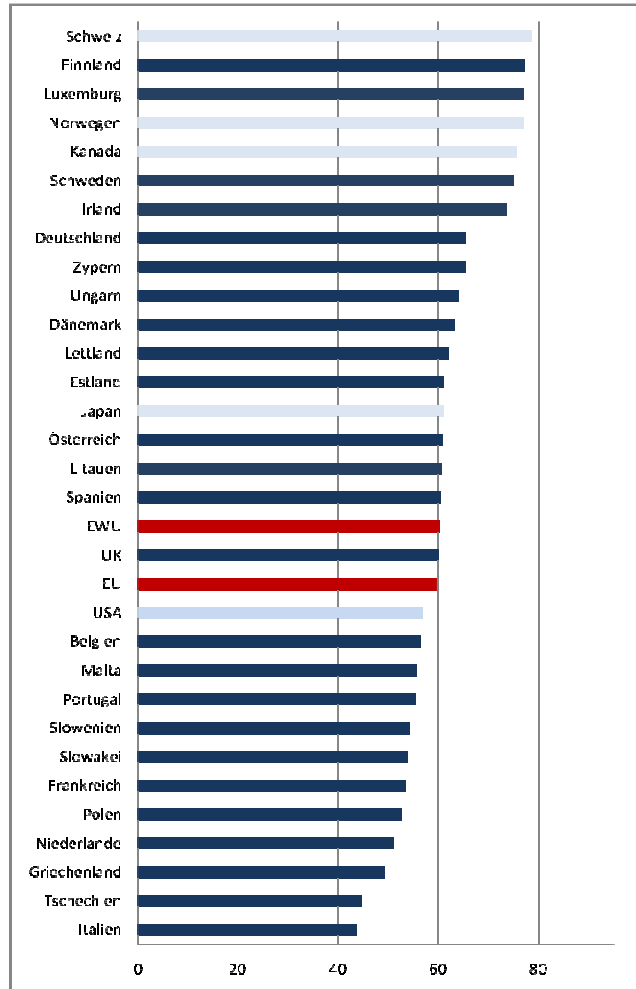
Zur Operationalisierung der staatlich institutionellen Rahmenbedingungen werden verschiedene Indizes zur Erfassung der politischen Stabilität und der Qualität der öffentlichen Verwaltungsdienstleistung verwendet. Die Indikatoren bemessen zudem die Qualität der politischen Zielformulierungen und der Implementierung politischer Programme sowie die Glaubwürdigkeit angekündigter Regierungsversprechen. Als Kenngröße für das Ausmaß des staatlichen Güterangebots und den Umfang bürokratischer Strukturen eines Landes wird der Staatskonsum im Verhältnis zum BIP in die Untersuchung einbezogen.

Zur Identifikation möglicher Anreizwirkungen der Steuergesetzgebung werden im Bereich der Unternehmensbesteuerung sowie der Einkommensbesteuerung privater Haushalte die länderspezifischen Steuerbelastungen auf Basis der höchsten Grenzsteuersätze verglichen. Neben der Höhe der steuerlichen Belastung wird zur Abbildung der Transaktionseffizienz des Steuer- und Abgabensystems die zur Steuervorbereitung und -zahlung durchschnittlich benötigte Zeit erfasst. Darüber hinaus werden Indikatoren für das Vertrauen der Bürger in die rechtliche Stabilität des Landes berücksichtigt. Ergänzend erfolgt die Einschätzung der möglichen Wirkungen der personellen Einkommensverteilung auf das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotential durch den so genannten Gini-Koeffizienten.

Abbildung 4: Staat und Institutionen

Innerhalb des Themengebiets „Staat und Institutionen“ liegt die Schweizer Volkswirtschaft mit 79 Punkten auf Position 1 und rangiert in Bezug auf die politische Stabilität sowie die Verwaltungseffizienz des öffentlichen Sektors deutlich vor dem Gros der anderen Staaten. Jedoch haben die Schweizer einen vergleichsweise hohen Anteil des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt. Italien befindet sich mit 44 Punkten am Ende der Rangfolge. Es liegt in den Bereichen der politischen Stabilität, der Verwaltungseffizienz sowie dem Vertrauen der Bürger in ihr Rechtssystem deutlich unterhalb der durchschnittlichen Verhältnisse.

Deutschland steht mit 65 Punkten auf Rang 8. Es zeichnet sich durch eine überdurchschnittlich hohe ökonomische Planungssicherheit und politische Stabilität sowie durch eine vergleichsweise hohe Verteilungsgerechtigkeit in Bezug auf die Einkommen der privaten Haushalte aus. Der Euroraum sowie der EU-Länderdurchschnitt liegen auch hier erwartungsgemäß im Mittelfeld.



3.4. Offenheit und Kapitalbildung

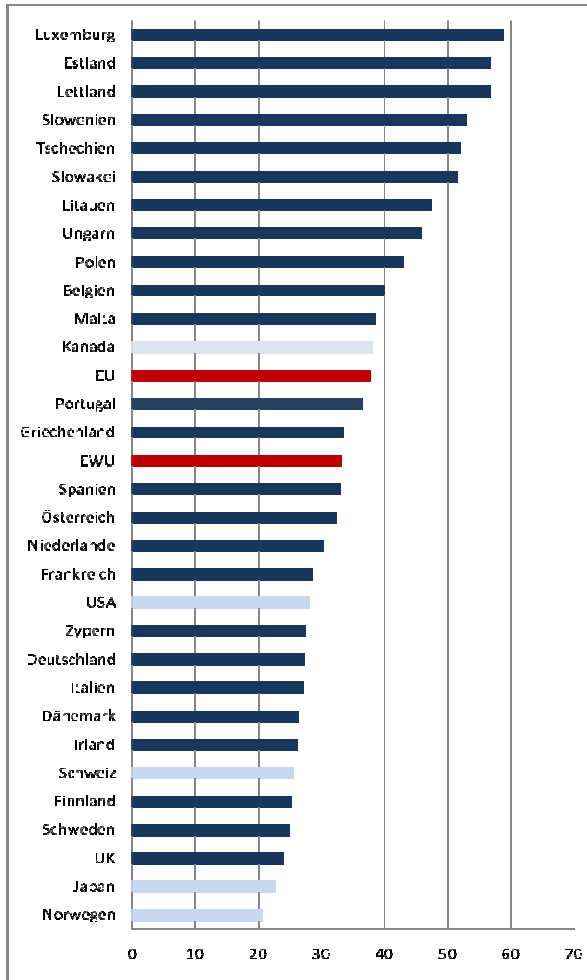
Dieses Themengebiet fasst einige wesentliche Punkte zusammen, die den Erfolg und die Attraktivität eines Landes als Handels- und Investitionsstandort abbilden und somit essentielle Voraussetzungen für dauerhaftes Wachstum in einer globalisierten Welt darstellen. Der Offenheitsgrad und die internationalen Investitionsverflechtungen einer Volkswirtschaft sind ein wichtiger Indikator für die globale Integration und elementare Voraussetzungen für die Aufnahme, den Austausch und den Transfer von Technologie und Know-how. Einer zunehmenden Sachkapitalbildung werden langfristig wirksame Wachstumsimpulse zugeschrieben, da von diesen positive externe Effekte beispielsweise aufgrund von Lerneffekten ausgehen und kapitalgebundene Innovationen die Adaption neuer Technologien und somit die Produktivität fördern.

Konkret gehen in diesen Subindikator folgende Variablen ein: Die Bruttoanlageinvestitionen im Verhältnis zum BIP als umfassendster Indikator für die Sachkapitalbildung in einer Volkswirtschaft. Darüber hinaus werden die Netozuflüsse ausländischer Direktinvestitionen berücksichtigt. Um relative Prei-

se von Kapitalinvestitionen im internationalen Vergleich zu erfassen, geht auch das Preisniveau der Investitionen in Kaufkraftparitäten in die Berechnung ein. Die Handelsoffenheit eines Landes wird über die Summe der Ausfuhren und Einfuhren von Waren und Dienstleistungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erfasst.

Abbildung 5: Offenheit und Kapitalbildung

Im aktuellen Vergleich der Ergebnisse schneidet Luxemburg am besten ab. Dieses Gesamtergebnis ist jedoch fast ausschließlich durch die hohen Punktwerte in den Unterkategorien „Ausländische Direktinvestitionen“ sowie „Handelsoffenheit“ geprägt, worin sich vor allem Luxemburgs außergewöhnliche Stellung als international bedeutendes Finanzzentrum und Handelsplatz äußert. Insbesondere die Länder Mittel- und Osteuropas, darunter die beiden baltischen Volkswirtschaften Estland und Lettland an vorderster Stelle, dominieren dieses Themengebiet. Attraktive Standortbedingungen begünstigen den Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen und sorgen im Zusammenspiel mit hohen Grenzerträgen für eine dynamische Kapitalbildung in diesen Ländern. Die starke Außenorientierung trägt ebenfalls zum guten Ergebnis bei, hier weisen nur die Niederlande sowie Irland ähnlich robuste Kennzahlen auf. In der unteren Hälfte des Vergleichs rangieren die etablierten Volkswirtschaften Europas, wie Großbritannien und Deutschland, aber auch die Top-Performer des Gesamtbenchmark Schweden, Finnland und die Schweiz.



3.5. Finanzmarktentwicklung

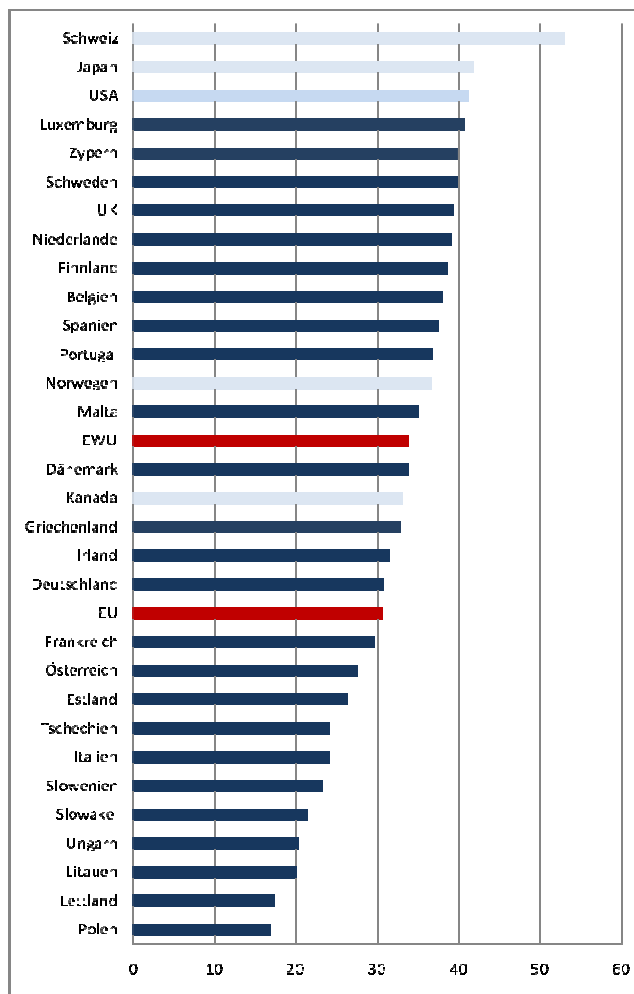
Während traditionelle Wachstumstheorien den volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozess auf den exogenen technologischen Fortschritt reduzieren und somit Finanzmärkten keine Bedeutung beimessen, verstehen neue Wachstumstheorien Finanzmärkte als Katalysatoren einer durch privatwirtschaftliche Innovationen und Faktorakkumulation getriebenen Entwicklung. Hochentwickelte Finanzmärkte sammeln und verteilen Kapital effizient, verteilen Risiken durch Investitionsdiversifikation, stellen Informationen bereit und bauen dadurch entwicklungshemmende Friktionen ab. Die wachstumswirksamen Effekte eines hoch entwickelten Bankensektors sowie liquider

und entwickelter Aktienmärkte werden inzwischen von mehreren empirischen Studien nachgewiesen.

Für das Themengebiet „Finanzmarktentwicklung“ der Lissabon-Säule werden Indikatoren zur Größe und Effizienz des Bankensektors und der Aktienmärkte herangezogen. Ein wichtiger Größen- und Liquiditätsindikator des Bankensektors stellt das Verhältnis der Zentralbankaktiva zum Bruttoinlandsprodukt dar. Das Ausmaß der Aktivität der Geschäftsbanken bezüglich der Kreditvergabe an den privaten Sektor wird über den Indikator „Private Kredite von Depositenbanken und anderer Finanzdienstleister in Relation zum Bruttoinlandsprodukt“ erfasst. Als weiterer umfassender Indikator zur Größe des Bankensektors wird der Quotient aus den gesamten Depositen des Finanzsystems zum Bruttoinlandsprodukt betrachtet.

Abbildung 6:
Finanzmarktentwicklung

Neben diesen Kennzahlen zur Größe des Finanzsystems spielen vor allem Effizienzmaße eine wichtige Rolle. Hierzu gehören die Gemeinkosten der Banken im Verhältnis zum Gesamtvermögen sowie die Konzentration des Bankensektors, definiert als das Verhältnis zwischen den Aktiva der drei größten Banken und den Aktiva des gesamten Bankensektors, welche ebenfalls in die Gesamtdimension dieses Themengebiets einbezogen werden. Die letzten beiden Indikatoren geben die Bedeutung der Aktienmarktentwicklung wieder. Die Größe des Aktienmarktes wird dabei über die Börsenmarktkapitalisierung aller notierten Unternehmen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt abgebildet. Der Aktienmarktturnover, errechnet als Quotient aus den Börsenumsätzen zur Aktienmarktkapitalisierung ist dagegen ein klassisches Effizienzmaß.



Entsprechend dieser Zusammensetzung des Subindikators resultieren die höchsten Punktwerte zum Themengebiet „Finanzmarktentwicklung“ für die Schweiz, Japan und die USA. Die Schweiz schneidet in allen Unterpunkten des Themengebiets sehr gut ab, weist aber für den Effizienzindikator bezüglich der relativen Gemeinkosten der Banken ungünstige Werte auf. Die Ergebnisse für Japan und die USA gehen auf eine ähnliche Zusammensetzung der Einzelfaktoren zurück. Auch für diese Länder fallen die betrachteten Effizienzmaße.

zientzindikatoren vergleichsweise ungünstig aus, während vor allem die Größen- und Liquiditätsindikatoren zum Finanzsystem sehr gut ausgeprägt sind. Dass die Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion einen nicht unerheblichen Vorsprung im Hinblick auf ihre Finanzmarktentwicklung im Vergleich zu den restlichen EU-Ländern aufweisen geht aus den Ergebnissen zu den entsprechenden Durchschnittswerten hervor. Generell schneiden die Länder, die erst kürzlich zur EU beigetreten sind, tendenziell schlechter ab als die alten EU-Länder. Ausnahmen bilden Malta und Zypern, die hier gute Positionen im Ländervergleich besetzen.

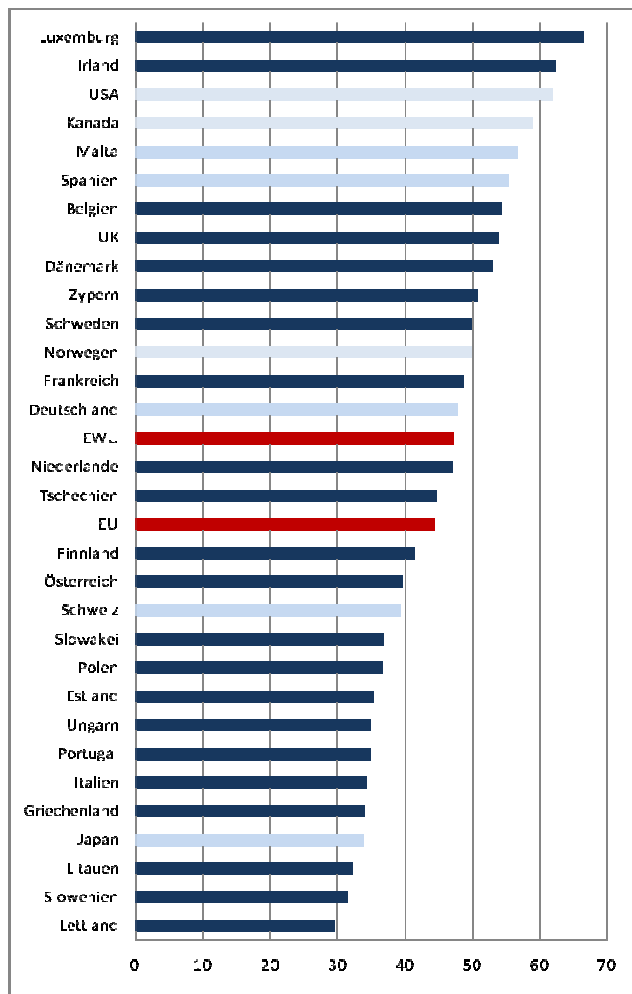
3.6. Bevölkerungsstruktur

In vielen Industrienationen sind in Bezug auf den demografischen Wandel derzeit zwei Trends zu beobachten: rückläufige Fertilitätsraten und eine steigende Lebenserwartung. Die Veränderungen betreffen insbesondere die sozialen Sicherungssysteme und bringen teilweise enorme fiskalische Lasten mit sich, welche sich auf die Lebensverhältnisse künftiger Generationen auswirken.

Abbildung 7: Bevölkerungsstruktur

Die Bevölkerungsstruktur beeinflusst das Wachstum einer Volkswirtschaft direkt über den Arbeitsmarkt. Dabei sind neben einer Veränderung des Arbeitsangebots auch Verschiebungen in der gesamtwirtschaftlichen Güternachfragestruktur zu erwarten. In Bezug auf die Finanzmärkte sind Veränderungsprozesse aus der Verschiebung des Konsum- und Sparverhaltens zu erwarten. Der eintretende Bedürfniswandel verlangt dabei ein erweitertes Leistungsangebot, welches innerhalb der einzelnen Länder teilweise beträchtlich differiert.

In die Berechnung des Index zum Themengebiet Demografie gehen die Daten aus vier demografischen Kenngrößen ein. Die Wachstumsrate der Bevölkerung eines Landes erfasst die Veränderung aller An-sässigen, ungeachtet ihrer Rechtsstellung oder Staatsbürgerschaft. Der demographische Verstädterungsgrad kennzeichnet den Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung eines Landes. Aus wachstumstheoretischer Perspektive sind Städte die Schwerpunkte ökonomischer Aktivitäten



und die Motoren des Wirtschaftswachstums. Daneben werden die Fertilitätsrate sowie der Abhängigkeitsquotient berücksichtigt. Letzterer gibt das Verhältnis der nicht erwerbstätigen Bevölkerung (Altersgruppen 0-14 und über 65) zur erwerbsfähigen Bevölkerung an.

Die beiden Länder mit der günstigsten demografischen Entwicklung sind Luxemburg und Irland. Sie zeichnen sich durch ein starkes Bevölkerungswachstum und eine hohe Geburtenrate aus. Im Mittelfeld rangieren Länder wie Tschechien, die Niederlande und Deutschland. Die Bundesrepublik ist dabei durch einen vergleichsweise hohen Verstädterungsgrad jedoch durch ein niedriges Bevölkerungswachstum sowie eine entsprechend schwache Geburtenrate geprägt. Lettland, Slowenien und Litauen schließen das Feld. Sie verzeichnen eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung bei einer schwachen Geburtenrate. Der EWU Durchschnitt sowie die EU liegen wiederum im Mittelfeld wobei die Euroländer durchweg besser abschneiden.

4. Die Maastricht-Säule

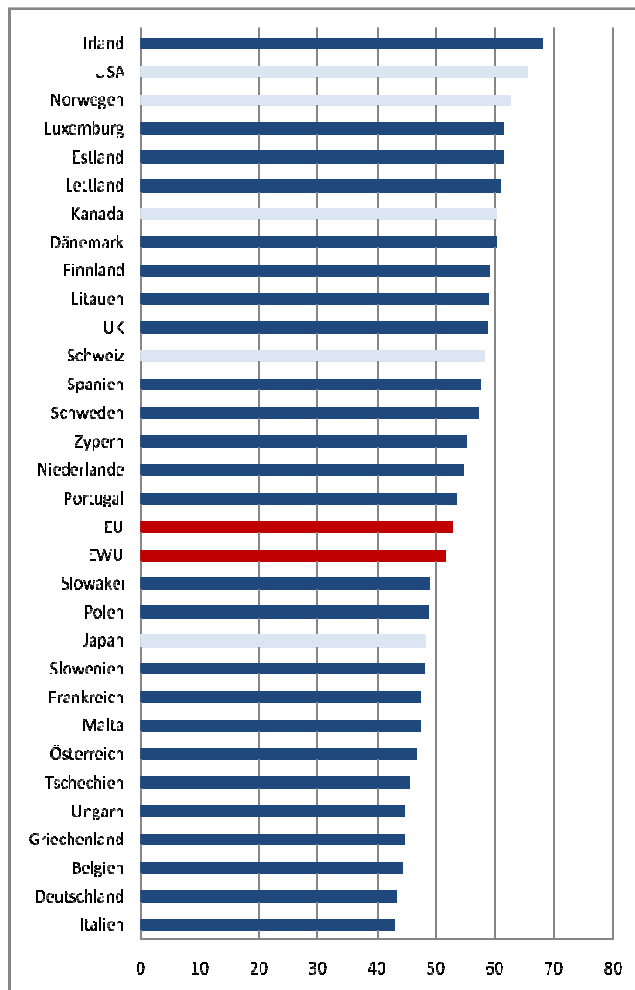
4.1. Grundkonzeption und zentrale Ergebnisse

Die Maastricht Säule des LiMa-Benchmark dient dazu die Performanz im Bereich der fiskalischen Nachhaltigkeit zu messen. Wie die Lissabon-Säule ist auch die Maastricht-Säule dezidiert langfristig ausgerichtet. Grundanliegen der hier verwendeten analytischen Fundierung ist es, über aktuelle Momentaufnahmen von Defiziten und Schulden hinauszukommen, wie sie das derzeitige fiskalische Monitoring in der EU charakterisieren. Zusätzlich sollen vielmehr Merkmale der fiskalischen Situation in die Bewertung mit einfließen, die Auskunft über langfristig zu erwartende Be- und Entlastungen der budgetären Situation bieten. Aus diesem Grund werden neben dem Themengebiet „Status Quo“, das wesentlich durch die Betrachtung gängiger gegenwartsbezogener Kennzahlen wie Defizit- und Schuldenquoten geprägt ist, weitere Themenkomplexe mit einbezogen. So werden Informationen über die Themen „Ausgabenstruktur“ und „Steuer- und Abgabensystem“ auf die Frage hin ausgewertet, inwieweit das jeweilige Land einen zukunftssträchtigen Ausgabenmix aufzuweisen hat oder inwieweit überhaupt noch Spielraum für Konsolidierungsmaßnahmen auf beiden Seiten des Budgets besteht. Im Themenfeld „altersabhängige Ausgaben“ werden die absehbaren fiskalischen Lasten aus dem demographischen Wandel abgebildet.

Abbildung 8: Die Maastricht-Säule

Die Themenfelder werden in den Folgeabschnitten im Hinblick auf ihre Zusammensetzung noch genauer beschrieben. Zunächst soll jedoch eine Gesamtbewertung des Länderranking in der Maastricht-Säule vorgenommen werden, welches Abbildung 8 zu entnehmen ist.

Als klarer „Sieger“ der Säule ist Irland auszumachen, welches in allen Themengebieten Positionen im oberen Drittel des Feldes einnimmt. Hervorzuheben sind die durchweg positiven Werte im Bereich des „Steuer- und Abgabensystems“. Am anderen Ende der Skala finden sich die Länder Italien und Deutschland. Im Falle Italiens ist dies vor allem auf vergleichsweise schlechte Indikatoreausprägungen in der „Ausgabenstruktur“ sowie den „Altersabhängigen Aus-



gaben“ zurückzuführen. Die Positionierung Deutschlands liegt insbesondere im Bereich des „Steuer- und Abgabensystems“ sowie der „Ausgabenstruktur“ begründet.

Weiterhin ist eine Clusterbildung sowohl im oberen als auch im unteren Drittel des Ranking festzustellen. So finden sich die angelsächsisch geprägten Länder Irland und UK sowie die baltischen Staaten in der Spitzengruppe der EU Länder wieder, während die großen „Kontinentaleuropäer“ Italien, Deutschland und Frankreich allesamt im unteren Drittel der Skala anzutreffen sind. Interessant ist zudem die Tatsache, dass die skandinavischen Staaten - allen voran Norwegen - ausschließlich Positionen oberhalb des EU-Durchschnitts einnehmen. Dagegen sind die Osteuropäer als Ländergruppe mit Ausnahme der baltischen Staaten in der unteren Hälfte des Ranking angesiedelt. Im Zusammenhang mit der beschriebenen Clusterbildung ergibt sich die Frage, ob diese im Zeitverlauf als robust einzustufen ist. Ein Vergleich des aktuellen Länderbenchmark mit dem Ranking des Jahres 1999 lässt seit Ende der 1990er Jahre eine gewisse Dynamik sowie einige Verschiebungen im relativen Gefüge der analysierten Länder feststellen. So ist insbesondere für die baltischen Staaten eine günstige Entwicklung zu konstatieren. Zudem konnten die Slowakei und Ungarn, welche im Jahre 1999 noch die letzten Positionen einnahmen, Ränge gutmachen. Vor allem die Slowakei ist hier hervorzuheben, die den Sprung vom letzten Platz ins Mittelfeld realisieren konnte. Entsprechend negative Entwicklungen sind bei Italien und Deutschland festzustellen, welche die „Schlusslichter“ im aktuellen Ländervergleich darstellen. Deutschland hat zwar in letzter Zeit seinen öffentlichen Finanzierungssaldos reduzieren können. Wie die langfristige Maastricht-Bewertung allerdings zeigt, können diese Bemühungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland trotzdem noch weit von einem nachhaltigen Haushalt entfernt ist.

Die ausgewählten OECD Staaten schneiden bezüglich ihrer finanzpolitischen Nachhaltigkeit im Vergleich mit dem EU- und EWU-Durchschnitt günstig ab. Die USA und Norwegen erreichen die Plätze 2 und 3 hinter Irland. Auch Kanada und die Schweiz sind in der oberen Hälfte angesiedelt. Nur Japan nimmt eine Position unterhalb des EU/EWU Durchschnitts ein.

In den Folgeabschnitten wird im Einzelnen darauf eingegangen, wie sich das Ranking der Maastricht-Säule aus den Ergebnissen der einzelnen Themengebiete ergibt.

4.2. Status Quo

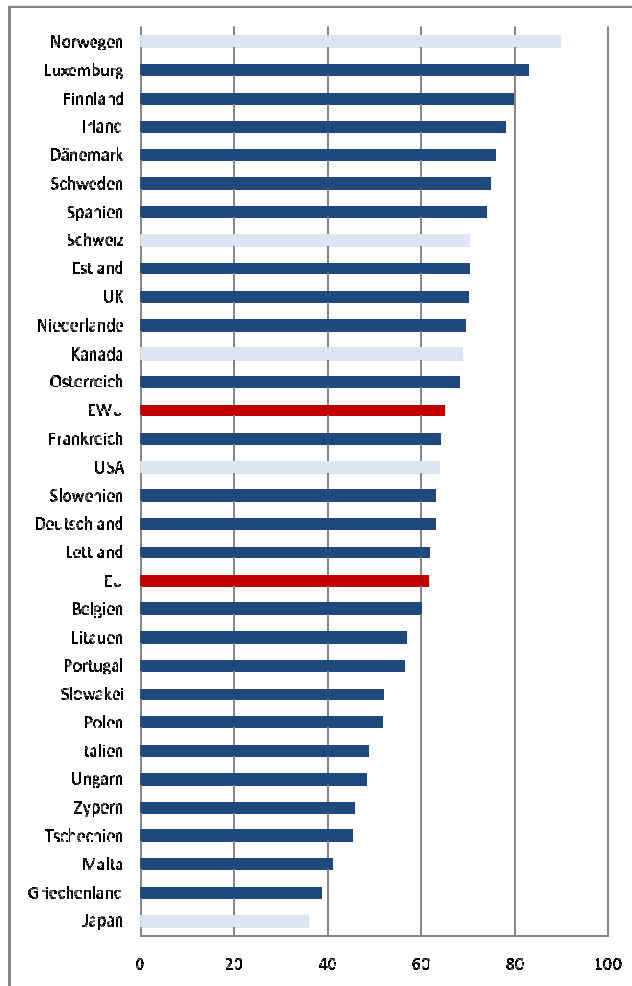
Das Themengebiet „Status Quo“ setzt sich aus drei Subindikatoren zusammen: den Schuldenstandsquoten der einzelnen Länder (Schuldenstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt), einem gleitenden Durchschnitt der Defizitquoten (jeweils über die letzten fünf Jahre) und einem Länderrating der Ratingagentur Moody's. Alle drei Subindikatoren stellen wichtige Determinanten zur Beurteilung der fiskalischen Stabilität eines Landes dar. Über die Schuldenstandsquote und den (gleitenden Durchschnitt) der Defizitquoten wird die gegenwärtige Situation der Staatsfinanzen abgebildet. Über die Ratings wird die Kreditwürdigkeit der einzelnen Länder erfasst. Damit bewerten

die drei Subindikatoren die aktuelle Finanzlage sowie die gegenwärtige Bonität der Staatshaushalte („Status Quo“), sie sagen aber noch nichts über die zukünftige Entwicklung und somit über die Nachhaltigkeit der finanzpolitischen Situation in den verschiedenen Ländern aus.

In die Zusammenfassung zum Themengebiet „Status Quo“ gehen die drei oben genannten Subindikatoren Schuldenstandsquote, Defizitquote und Bonitätsrating mit jeweils einem Drittel ein, wobei das Themengebiet „Status Quo“ bei der Berechnung der Maastricht-Säule wiederum mit einem Gewicht von einem Viertel berücksichtigt wird. Die Abbildung 9 zeigt den Ländervergleich zum Themengebiet „Status Quo“. Der Index kann wie beschrieben Werte im Bereich zwischen 0 und 100 annehmen, wobei höhere Indexwerte für eine bessere finanzpolitische Situation im Ausgangsjahr („Status Quo“) stehen.

Abbildung 9: Status Quo

Deutschland belegt im Ländervergleich Position 18 und liegt damit im unteren Mittelfeld. Es befindet sich leicht oberhalb des EU-Durchschnitts jedoch unter dem EWU-Durchschnitt. Dagegen belegen die nordischen Länder Norwegen, Finnland, Dänemark, Schweden sowie Luxemburg und Irland die obersten Positionen. Diese Länder weisen im internationalen Vergleich im Hinblick auf alle drei Subindikatoren jeweils Spitzenpositionen auf, wohingegen Deutschland vor allem bei der Schuldenstandsquote und der Defizitquote eher im unteren Drittel angesiedelt ist. Im Gegensatz zu dieser Spitzengruppe finden sich am unteren Ende des Ländervergleichs Japan, Griechenland, Malta, Tschechien und Zypern wieder. Bis auf Tschechien und Japan sind die Ausprägungen aller drei Subindikatoren dieser Länder im unteren Drittel angesiedelt. Tschechien fällt dagegen durch ein sehr gutes Abschneiden im Hinblick auf die Schuldenstandsquote auf, wohingegen Japan durch eine hohe Bonität gekennzeichnet ist.



Schließlich lassen sich im Mittelfeld noch zwei Ländergruppen identifizieren. Zum oberen Mittelfeld gehört eine Ländergruppe, welche die Schweiz, Estland, das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Kanada und Österreich umfasst. All diese Länder sind durch ein sehr heterogenes Abschneiden in

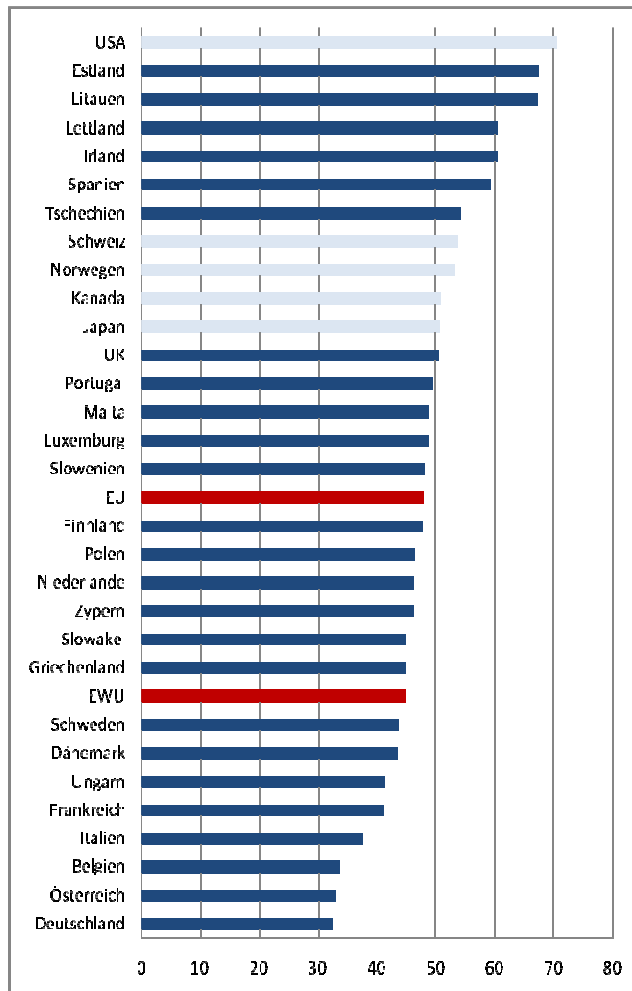
Bezug auf die drei Subindikatoren gekennzeichnet. So belegt beispielsweise Estland sowohl bei der Schuldenstandsquote als auch bei der Defizitquote eine der obersten Positionen. Hinsichtlich der Kreditwürdigkeit schneidet Estland jedoch vergleichsweise schlecht ab. Im Gegensatz dazu belegt beispielsweise Kanada im Hinblick auf die Schuldenstandsquote eine der untersten Positionen, schneidet aber bei den beiden anderen Subindikatoren sehr gut ab. Das untere Mittelfeld, welches neben Deutschland auch noch Frankreich, die Vereinigten Staaten, Slowenien und Lettland umfasst, ist durch ähnliche Charakteristika gekennzeichnet.

4.3. Ausgabenstruktur

Das Themengebiet „Ausgabenstruktur“ dient dazu den Aspekt der „Qualität öffentlicher Finanzen“ in die Analyse einzubeziehen. So werden neben der absoluten Höhe der Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auch die Budgetanteile verschiedener Ausgabenkategorien bei der Beurteilung der Zielerreichung in der Maastricht-Säule berücksichtigt.

Abbildung 10: Ausgabenstruktur

Die inhaltliche Fundierung für dieses Vorgehen ergibt sich aus einer breiten empirischen Literatur, die sich mit den Erfolgsaussichten verschiedener Konsolidierungsstrategien beschäftigt. Zwei robuste Ergebnisse lassen sich aus dieser Literatur ableiten. Erstens: Erfolgreiche Konsolidierung findet in den meisten Fällen auf der Ausgabenseite öffentlicher Budgets statt. Zweitens: Erfolgreiche Konsolidierungsphasen gehen häufig einher mit einer qualitativen Verbesserung der Ausgabenstruktur, d.h. einer Verringerung des Budgetanteils „konsumtiver“ Ausgaben und einer stärkeren Gewichtung „produktiver“ Ausgabenkategorien. Darauf aufbauend gehen im Rahmen des Themengebiets „Ausgabenstruktur“ die absolute Höhe der Ausgabenquote sowie der Anteil der Zins-, Transfer- und Subventionsausgaben negativ in die Bewertung ein. Positiv bewertet werden dagegen höhere Budgetanteile in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung sowie öffentliche Investitionen.



Die Abbildung 10 veranschaulicht das Länderranking im Themengebiet „Ausgabenstruktur“. An der Spitze der EU Ländergruppe befinden sich die baltischen Staaten Estland und Litauen. Sie zeichnen sich vor allem durch niedrige Ausgabenquoten und Zinsanteile sowie einen vergleichsweise hohen Budgetanteil der Bildungsausgaben aus. Am anderen Ende der Skala liegen Deutschland und Österreich, deren schlechte Positionen insbesondere in niedrigen Budgetanteilen der öffentlichen Investitionen sowie einem hohen Gewicht staatlicher Transfers und Subventionen begründet sind.

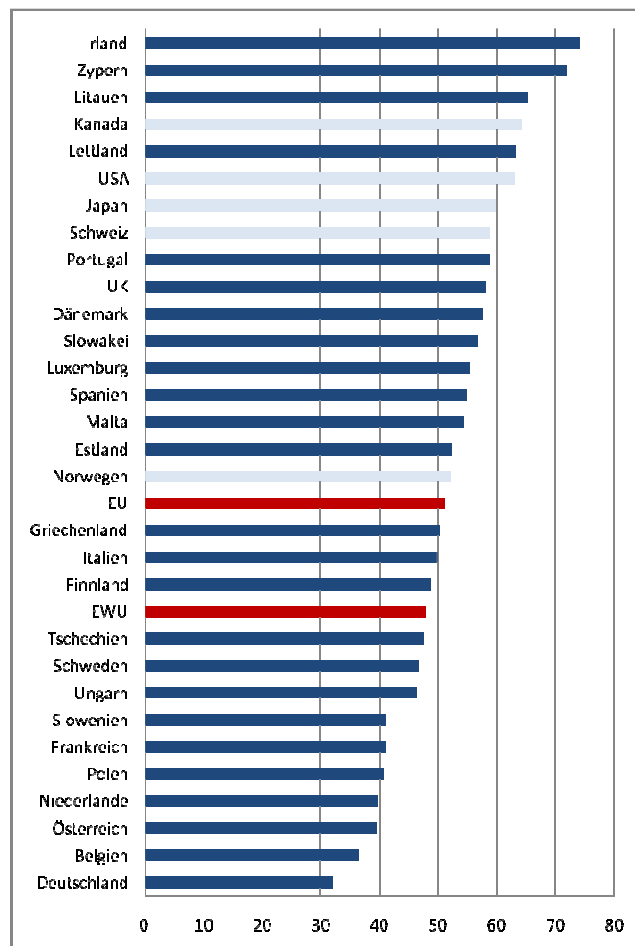
Ein Vergleich des Rankings der EU-Ländergruppe mit dem der Euroländer zeigt, dass letztere eine geringere Performanz im Themengebiet „Ausgabenstruktur“ aufweisen. Begründet ist dies vor allem in vergleichsweise schlechten Positionen der großen kontinentaleuropäischen Länder Deutschland, Italien und Frankreich. Dagegen nehmen die baltischen Staaten sowie die angelsächsisch geprägten EU-Mitglieder – hier ist Irland hervorzuheben – Spitzenpositionen ein. Diese Ländergruppe setzt sich im Ranking vor den Großteil der OECD-Vergleichsländer und muss sich nur den USA „geschlagen“ geben, welche mit einer niedrigen Ausgabenquote, einem geringen Anteil staatlicher Transfers und Subventionen und hohen Budgetanteilen in den Ausgabenkategorien Bildung sowie Forschung und Entwicklung im Themengebiet „Ausgabenstruktur“ den Maßstab setzen.

4.4. Steuer- und Abgabensystem

Abbildung 11:
Steuer- und Abgabensystem

Das Steuer- und Abgabensystem spielt bei der Beurteilung der finanzpolitischen Tragfähigkeit eines Landes eine wichtige Rolle. So stellt sich die Frage, ob auf eventuelle Konsolidierungserfordernisse mit einnahmeseitigen Maßnahmen reagiert werden kann. Dies gilt gleichermaßen für öffentliche Haushalte und Sozialversicherungssysteme.

Grundsätzlich werden im Rahmen des Themengebiets „Steuer- und Abgabensystem“ zwei Arten von Indikatoren bewertet. Das sind zum einen Indikatoren, die auf das Niveau und die Struktur der Einnahmen abstellen. Hierunter fallen die Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge gemessen am Bruttoinlandsprodukt, wobei hohe Quoten auf



wenig Spielraum für eine einnahmeseitige Konsolidierung hindeuten. Darüber hinaus ist im Hinblick auf eine Verstärkung der Einnahmehasis öffentlicher Haushalte eine stärkere Inanspruchnahme indirekter Steuern als günstiger zu erachten, da die fortschreitende weltwirtschaftliche Integration die Besteuerung mobiler Produktionsfaktoren zunehmend erschwert. Neben Niveau und Struktur wird zudem die Anreizwirkung des nationalen Steuer- und Abgabensystems berücksichtigt. So ist davon auszugehen, dass eine hohe Steuerbelastung von Unternehmen und Haushalten zur Erosion der Steuerbasis führt und somit negativ zu bewerten ist. Gleichmaßen sollte eine hohe Beitragsbelastung des Faktors Arbeit die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hemmen und dadurch den Sozialversicherungssystemen die Finanzierungsgrundlage entziehen.

Die Abbildung 11 gibt einen Überblick über das Länderranking im Themengebiet „Steuer- und Abgabensystem“. Irland setzt sich hier vor allem aufgrund seiner niedrigen Sozialbeitragsquote sowie der relativ geringen Steuer- und Abgabenbelastung von Unternehmen und Haushalten an die Spitze des Feldes. Dagegen nimmt Deutschland trotz einer vergleichsweise geringen Steuerquote aufgrund der generell hohen Belastung durch Steuern und Abgaben sowie einer hohen Sozialbeitragsquote den letzten Rang ein.

Die Performanz der EWU Ländergruppe liegt im Themengebiet „Steuer- und Abgabensystem“ unterhalb des EU-Durchschnitts. So finden sich neben Deutschland zahlreiche weitere kontinentaleuropäische Euroländer im unteren Drittel der Skala wieder. Zu nennen sind hier insbesondere Belgien, Österreich sowie Frankreich. Eine eindeutige Clusterbildung in der Spitzengruppe ist nicht festzustellen. Nennenswert ist jedoch die Tatsache, dass sich sämtliche angelsächsisch geprägte sowie die baltischen Staaten in der oberen Hälfte des Rankings wiederfinden. Gleiches gilt für die OECD Vergleichsländer mit Ausnahme Norwegens. Interessant ist zudem, dass die osteuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Slowenien im Themengebiet „Steuer- und Abgabensystem“ Plätze unterhalb des EU Durchschnitts einnehmen. Nur die Slowakei erreicht aufgrund einer relativ niedrigen Steuerquote sowie einer niedrigen Steuer- und Abgabenbelastung einen Platz im oberen Drittel des Benchmark.

4.5. Altersabhängige Ausgaben

Das Themengebiet „Altersabhängige Ausgaben“ setzt sich aus insgesamt 17 Subindikatoren zusammen. Diese umfassen neben dem Altenquotienten, d.h. dem Anteil der über 65-jährigen an den Personen im Erwerbsalter (zwischen 15 und 64 Jahren), auch Informationen über die zukünftige Bevölkerungsentwicklung sowie über die Entwicklung der Rentensysteme (Ausgaben, Art der Finanzierung, Regeleintrittsalter, tatsächliches Eintrittsalter) und der Ausgaben für die Gesundheitssysteme. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels liefert dieses Themengebiet einen guten Indikator für die zukünftige Belastung der öffentlichen Haushalte. Dieses Themengebiet spiegelt somit die Nachhaltigkeit der Renten-, Gesundheits-, aber auch der Familienpolitik in den einzelnen Ländern wider.

Die insgesamt 17 Subindikatoren gehen in das Themengebiet „Altersabhängige Ausgaben“ mit gleichem Gewicht ein. Bei der Berechnung der Maastricht-Säule werden die altersabhängigen Ausgaben – wie auch schon in den vorangehenden Themengebieten – mit 25 Prozent berücksichtigt. Die Ergebnisse für das Themengebiet „Altersabhängige Ausgaben“ sind in Abbildung 12 dargestellt. Auch dieser Index kann Werte zwischen 0 und 100 annehmen und die Werte steigen mit der Nachhaltigkeit der Politik des jeweiligen Landes.

In der Auswertung lassen sich deutliche Ländergruppen identifizieren. So dominieren die Vereinigten Staaten, Dänemark, Schweden und die Niederlande diesen Ländervergleich mit Indikatorwerten, die sich untereinander nur geringfügig unterscheiden. Dies ist insbesondere auf die günstige demografische Entwicklung, die in diesen Ländern in den nächsten Jahren stattfinden wird, zurückzuführen.

Abbildung 12: Altersabhängige Ausgaben

Zypern, das Vereinigte Königreich, Estland, Norwegen und Polen bilden dagegen ein Länder-Cluster im oberen Mittelfeld, wohingegen Ungarn, Frankreich, Spanien und die Slowakei im unteren Bereich der Skala zu finden sind. Zuletzt stehen Italien und Tschechien. Sie weisen bei nahezu allen Subindikatorausprägungen vergleichsweise schwache Werte auf. Italien liegt lediglich beim Regelrenteneintrittsalter der Männer im oberen Feld des Rankings. Tschechien weist ausschließlich eine günstige Ausprägung des Altenquotienten auf.

Deutschland befindet sich im unteren Mittelfeld und liegt damit sowohl unter dem EU- als auch dem EWU-Durchschnitt. Hier werden die Folgen der negativen demografischen Entwicklung, welche in Deutschland in den nächsten 10 bis 20 Jahren besonders stark ausgeprägt sein wird, deutlich. Deutschland belegt neben Italien und Japan beim Altenquotienten einen der untersten Ränge. Dies spiegelt auch die immensen Ausgaben für das Renten- und Gesundheitssystem wider, welche die öffentlichen Haushalte in naher Zukunft belasten werden. Lediglich bei der Ausprägung des Renteneintrittsalters schneidet Deutschland vergleichsweise positiv ab.

